

Dresdner Volkszeitung

Büro des Vorstandes: Dresden,
Aden & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Vorstand: Dr. Arnohold, Dresden.

12

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaften Dresden-Urstadt und Dresden-Litau.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 520.— M. durch die Post
beziehen monatlich 520.— M. unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich
150.— M. Einzelnummer 50.— M. Sonnabendnummer 40.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weltmeierling 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weltmeierling 10. Tel. 25261.
Geschäftsstelle vom 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltenen Komparese 75.— M. die gespaltenen
Reklamezeile 800.— M. auswärtis 100.— u. 400.— Ausland 500 u. 1200 M.
Bei mehrmaliger Aufgabe Erhöhung. Familienanzeigen, Stellen- und
Werbefreiung 25 Proz. Rabatt. Für Briefniederlassung 20 M.

Nr. 294

Dresden, Dienstag den 19. Dezember 1922

33. Jahrg.

Das Ende der Kriegstragödie

Wilhelm und Sohn — Masaryks Traum

Ein früheres Buch von A. F. Nowak: Der Sturz der Mittelmächte, mit dem wir unsere Leser durch einen Aufsatz bekanntnahmen, brachte vielerlei noch unbekanntes Material über den Zusammenbruch, das der Verfasser bei den "Wissen" erfragt. In einem soeben erschienenen weiteren Bande bestätigt "Chaos" (München, 1922, Verlag für Kulturpolitik, 353 Seiten) mit einer Karikatur: Das Ende der österreichisch-ungarischen Armee. Handelt Nowak aus gleich gut untersuchten Quellen die letzten zwei Wochen der beiden mittelmächtigen Kaisertümer mit gleicher Aussichtlichkeit. War für das früher erwähnte Werk Freiherr von Kühlmann, so scheint diesmal deutscherseits der General von Groener, der dessen genierte, aber nicht mehr zur Aktion gekommenen Nachfolger Ludendorffs, der hervortragende Initiator. Doch haben wie der Verfasser sagt, fast sämtliche in Deutschland und Österreich damals stehenden Staatsmänner und Militärs zu dem Werke durch Mitteilungen beigezogen.

Hauptursache des so schnellen Zusammenbruchs der deutschen Front war, außer der völligen Erschöpfung der Armeen, die Front aufzulösen in Italien, von wo aus keine der geforderten Divisionen an die geschiedene Westfront geleitet werden konnte. Eine Auflösung war aber wiederum die Folge teils des Manifests Kaiser Karls, das die Monarchie retten sollte, aber ziemlich wirkte, teils der Niederlage auf der Balkanhalbinsel. Die Ungarn und Bulgaren verweigerten den weiteren Dienst und verlangten, in die Heimat geschafft zu werden, um diese zu schützen. Der Höchstkommandierende, Erzherzog Joseph, gestattete das, weil er mußte, aber andre Regimenter darunter die bisher sichersten deutschen weigerten sich, in die verlassenen Positionen zu gehen. Erzherzog Joseph reiste nun selbst nach Ungarn, um so viel als möglich für Habsburg und — für sich nämlich die ungarische Königskrone, zu retten, aber es kam schnell anders. Die Vorfälle, besonders in der ungarischen Hauptstadt und der Residenz Schönbrunn, werden anschaulich bis zum Verlust Kaiser Karls berichtet.

Für Deutschland ist interessant und fast sensationell die Beschreibung der Vorfälle der ersten Novemberwoche: 1918: des Kieler Matrosenaufstands und dann in der Vorfälle in der Sozialdemokratischen Partei, in der Reichskanzlei sowie im Hauptquartier und beim Generalstab zu Spa, der Waffen-Hilfsstands- und der Abdanlungsklage, in welcher letzterer sich Wilhelm II. geradezu läuglich benahm. Freilich verstand niemand in der Kaiserfamilie, keiner der Generale und Hofkronen die neue Situation in der Heimat. Noch am Tage nach dem Volkssturm zu Kiel plante der Kronprinz nach Spa herein mit dem Ausrufe: "Sind die paar Matrosen denn noch nicht an die Wand gestellt?" Nur Groener soll als einziger den Standpunkt vertreten haben, daß der Kaiser an der Spitze von Sturmregimentern den Tod sucht und finden müsse. Offiziere sollen sich angeboten haben, diesen Gang mitzugehen. Der Gedanke soll auch dem Kaiser vorgetragen worden sein. Wer niemand wagte, dies dem Kaiser vorzuschlagen, weil man eine Ablehnung befürchtete. Auch das Abbandungsverlangen fand zuerst keinen Widerstand. Der 9. November machte dann der kaiserlichen Monarchie ein schnelles Ende.

Die Vorfälle der Vorfälle bieten außerordentlich viel Neues, begleiten auch im Anhange die mitgeteilten Dokumente. Um wichtigen erscheint uns Masaryks bereits im April 1915 an Grey überreichtes Memoire über das unabhängige Böhmen, das das Zustandekommen des tschecho-slowakischen Staates mit zuschreiben ist. Masaryk beruft sich hier insbesondere auf die Dienste der Tschecho-Slowaken um die Entente, indem sie der Einberufung und dem Transport nach den Kriesschauplätzen sich widersetzen kann, aber zum Feind überließen und in dessen Reihen gegen Österreich kämpfen. (Ein Gastwort in Magdeburg, der E. de 1914 etwas Schreckliches erzählte, wurde wegen Beleidigung der österreichischen Armee von deutschen Gerichten zu drei Jahren Geängnis verurteilt.) Masaryks Wunsch ging in Erfüllung; die den Aufzeichnungen beigegebene Karikatur des damals erst in der Monarchie bestehenden Landes stimmt ziemlich genau mit der des gewordenen Staates überein.

Nur zwei kleine Wörter blieben unerfüllt: der slowakische Korridor zwischen Böhmen und Serbien-Kroatien, den Masaryk hauptsächlich als slowakische Vorläufer gegen Deutschlands Marsch nach Konstantinopel (das die Russen erhalten müssen) und Bagdad empfohlen hat, und der König von Böhmen, der wann der Korridor zu laufen hätte, auch der Serben sein könnte. Da aber das böhmische Volk völlig russophil sei, wäre eine russische Dynastie durchaus populär. (Man hört ordentlich den russischen Rubel stimmen.) Die böhmische Republik meint Masaryk, würde nur von wenigen radikalen Politikern verteidigt. Unbedingt Voraussetzung alles dessen aber sei die Vernichtung Deutschlands im Kriege. "Das bestreite Böhmen würde bestimmt in Übereinstimmung mit der Entente handeln und wird ihm immer ein loyaler Verbündeter sein. Böhmen will nicht und hofft nun mehr, daß seinen russischen Brüdern bald die Belebung der böhmischen und slowakischen Lüftlste gelingen wird." — Auch dieses kleine Mittel zum Zweck ist unerfüllt geblieben — jetzt wahrscheinlich zur Freude des gutmon-

Das Machtringen in Polen

Die Ermordung des polnischen Staatspräsidenten Narutowicz hat das Ringen der fortschrittlichen mit den nationalistisch-reaktionären Kräften in das Entscheidungsfeld gerissen. Dabei sind die sozialistischen Nationalisten zunächst ins Hintertreffen geraten. Die im Augenblick entscheidenden Stellen scheinen den Kampf gegen die nationalistische Fronde mit aller Kraft aufzunehmen.

Um die Bedeutung der weiter unten folgenden Meldungen zu ermessen, muß man sich zunächst an die Kräftevertretung im polnischen Reichstag erinnern. Das polnische Parlament ist in zwei Lager geteilt. Auf der einen Seite stehen die Nationaldemokraten — die Christliche Vereinigung der nationalen Einheit, wie sie sich jetzt offiziell nennen — mit ihren 163 Abgeordneten die weit ausführliche Partei im Sejm. Sie sind die Partei des Clerus, des Adels und der Bourgeoisie. Ihr stehen die drei Parteien der Linken gegenüber. Die größte Partei der Linken ist die von Willy dem früheren Ministerpräsidenten gegründete Volkspartei-Południowa, die Partei der großen und mittleren Bauern, durch 70 Abgeordnete im Sejm vertreten. Dann gehört zur Linken die Partei "Wyzwolenie" (Befreiung), die im Sejm 49 Abgeordnete zählt; aus ihr war der Präsident Narutowicz hervorgegangen. Schließlich gehört zur Linken die sozialistische Partei, die bei den letzten Wahlen 41 Mandate erobert hat. Insgesamt verfügt also die Linke, die Vertretung der Bauern und Arbeiter, über 160 Stimmen, die den 163 Stimmen der Nationaldemokraten der Partei des Adels und der Bourgeoisie gegenüberstehen. Zwischen den beiden Lager steht der "Block der nationalen Minderheiten". Er umfaßt die deutschen, die ukrainischen, die weißrussischen und die jüdischen Abgeordneten; er zählt nicht weniger als 81 Abgeordnete. Polen hat durch den Frieden von Trianon weite deutsche Gebiete im Westen, durch den Frieden von Riga weite weißrussische und ukrainische Gebiete im Osten angeschafft. Es hat überdies durch die Zubereitung der Aufrüstung der Republik Rolands, die Masse seiner Juden dem jüdischen Nationalismus zugewichen. So hat es der polnische Nationalismus zustande gebracht, doch jetzt im polnischen Reichstag Deutsche und Juden, Weiß und Kleinrussen sowie den beiden großen polnischen Parteiliegern, zwischen den Massen der polnischen Nation entscheiden. Die Wahl Narutowiczs zum Staatspräsidenten erfolgte nur mit 519 Stimmen dieser Nationalitäten. Narutowicz gab die Gewähr für eine föderative und verständige Nationalitätenpolitik und konnte als Mann der demokratischen Bauern und Arbeiter angesprochen werden. Das hat ihm das Leben geschenkt.

Dem faschistischen Mordterror der Nationalisten wird jedoch jetzt zufolge gegangen. Der Generalstaatschef Sileski, der bis zur Neuwahl eines Staatspräsidenten am 20. Dezember die Regierung übernommen hat, erlich im Namen des Gesamtministeriums einen Aufruf, der besagt:

Vom dem den Präsidenten vertretenden Sejmmarschall berufen, übernehmen ich das Steuer der Regierung der Republik als Soldat in dem schwersten Augenblick, den unser Staat seit seiner Wiederherstellung durchlitten hat. Denn der Schaden der Polnischen Revolution, die im Jahre 1920 vor den Toren unserer Hauptstadt standen, verblieb angelicht des politischen Mordes, als dessen Opfer der erste Präsident der polnischen Republik gefallen ist. Angesichts der brutalen Räuber und des Attentats auf die Rechtsordnung und die Weisheit der Republik bin ich entschlossen, indem ich in einem solchen Augenblick das Steuer der Regierung ergriffe, mit aller Rücksichtlosigkeit die Verteidigung der Rechtsordnung und der inneren Ruhe durchzuführen.

Die Regierung wird einzige und ausschließlich dem bedrohten Lande dienen und fordert alle diejenigen, die die Sache des

Patriotismus über die Parteiinteressen stellen, auf, sich um sie zu scheren. Die Regierung wird ihre Pflicht erfüllen. Der des Wehrmachts des Schultheißen wird die verdiente Strafe erledigen. Gleichzeitig aber wird jeglicher Selbstjustiz der Bevölkerung ausgeschlossen vorgebeugt werden.

Zugleich ist der frühere Staatspräsident Piłsudski zum Generalstabchef berufen worden, so daß man durch den faschistischen General Saller das Militär immer mehr nationalistisch durchdringt wurde, ist das wohl die erste Notwendigkeit. Die augenblickliche Regierung dürfte eine Militärdiktatur gleichen, wobei man abmachen muß, ob die militärischen Gewalten nicht bald stärker werden als ihre Macht noch in der Hauptstadt politisch-fortschrittlich orientierten beiden Nachbarhöfen Sileski und Piłsudski. Nebenfalls hat die Linke im Parlament die bedeutende Aufgabe der Konsolidierung, auf daß der Regierung eine sichere Basis zur Verfügung gestellt wird, andererseits aber auch die Ausübung einer Kontrolle der Regierung gegenüber ist. Wenn die Regierung den Nationalitäten gegenüber bei einer verständigen Politik bleibt, so wird ihr die Unterstützung aus den Reihen der einzelnen Gruppen nicht versagt werden können.

Das Machtringen gegen die faschistisch loswütenden polnischen Nationalisten hat nicht nur für Polen eine entscheidende Bedeutung. In seinem Ausgang sind alle europäischen Länder interessiert, in denen diese Seuche um sich frisst.

Weitere Sünderung des Militärs

Warschau, 18. Dezember. Im Verlaufe des gestrigen Tages wurden 30 Verhaftungen von Militärpersönlichkeiten vorgenommen. Die Generale Linius und Mażewski haben den Abmarsch erobert. Ebenso ist ein Wechsel in den leitenden Stellen des öffentlichen Sicherheitsdienstes vorgenommen worden. Krakau ist es zu Demonstrationen gekommen, wobei das Militär von der Waffe Gebrauch machte.

Warschau, 18. Dezember. Die Freiheit und Gewaltlosigkeit der Polen wird durch folgende Vorfälle bestätigt. Der Führer der Sozialdemokraten, Abg. Dąbrowski, und der Abg. des polnischen Sozialismus Limanowski, wurden von nationalistischen Straßenbummlern angegriffen und in das Haus gebrüllt, in welchem sich die Leitung des ganzen faschistischen Aufstandes befand. Limanowski ist Senator und hat als Alterspräsidenten des Senats eröffnet. Die beiden sozialistischen Führer wurden fast einen ganzen Tag lang in dem verbarrikadierten Hause des faschistischen Kommandos gefangen gehalten und schließlich erst durch die organisierte sozialdemokratische Freiheitsschafft und ihre Helfer befreit. Durch diese Vorfälle ist die Arbeitsschafft so erregt, daß die neue Regierung, um Wiederherstellung der Ordnung bemüht, auch sie zur Einhaltung der Ruhe und zur Vermeidung der Schlägerei auffordern mußte.

Deutsche Beileidskundgebungen

Dresden, 19. Dezember. Der sächsische Ministerpräsident hat dem politischen Personätsdienst für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Dresden, Minister v. Ostwald, sein und der sächsischen Regierung Bedauern ausdrücklich der Ermordung des polnischen Staatspräsidenten Narutowicz zum Ausdruck bringen lassen.

Berlin, 19. Dezember. Die Reichsregierung hat die Beileidskundgebungen durch den Reichsbeamtenminister v. Rosenberg aufzusprechen lassen.

Zentralisierung der ungarischen Faschisten

Budapest, 18. Dezember. Am Sonntag konstituierte sich in Budapest das ungarische Faschistlager unter dem Namen "Hungarians".

Der ungarische Faschismus hat keinen Grund, mit den nationalsozialistisch-reaktionären Methoden des Hoch-Reichs regierung zu sein. Er scheint aber den Terrorismus noch planmäßiger und noch brutaler auszufüllen zu wollen.

Ersatz für den Friedensvertrag

Über den Inhalt der amerikanischen Übereinkunft wird in Washington ziemliches Stillschweigen bewahrt. Um so zahlreicher sind natürlich die Gerüchte über das "Vorgehen", über das "Taktik" der amerikanischen Politik sowie über die "Möglichkeiten". Einige Wahrscheinlichkeit hat die Meldung eines Londoner Blattes, Harding werde durch die amerikanischen Botschafter sowie internationale Abkommen vorschlagen, für das eine von diesen werde er die Unterschrift der Alliierten, für das andere die Unterschrift jedes von Kriegs beteiligten gewesenen Nation fordern. Diese neuen Vereinbarungen würden in ihrer Wirkung einen großen Teil des Vorfechter-Vertrages zur Sicherung des Weltfriedens und der Wiederaufbaus erzeugen. Es sei davon zu erhoffen, daß die Industrien in England in Gang kommen. Frankreich beruhigt werde und die Wohlfahrt erholt, die es dringend benötigt, und Deutschland wieder einer der kampfstärksten Mächte der Welt werde.

Auf die Unterzeichnung des Abkommens hin würden drei Gruppen amerikanischer Bankiers einen auswärtigen Kredit für Deutschland unterzeichnen, der unter England, Frankreich, Belgien und Amerika untergebracht und durch die deutsche Wirtschaftsregierung geleistet werden soll. Der Kredit werde nicht unter 1½ Milliarden Dollar betragen. Vermöge dieses Kredits werde Deutschland dann in den Stand gesetzt sein, Lebensmittel oder andre Rohstoffe in jedem Lande zu kaufen.

Die amerikanische Regierung werde diesen Bankkredit

garantieren und dafür die erste Hypothek auf die gesamten Güterquellen Deutschlands fordern.

Diese Hypothek werde sämtliche Zölle, die Ein- und Ausfuhrabgaben und die deutsche Einkommensteuer umfassen

und werde alle andern deutschen Verpflichtungen einschließlich der Reparation erlegen. Da der gesuchte Vorschlag gegründet

sein werde auf die praktische Herauslösung der Reparationen und eine gründliche und endgültige Über

einführung auf Seiten der Alliierten, so werde Amerika durch eine Methode, die noch nicht entschieden sei, jedoch von Elihu Root unterstellt werden, die schnelle Zahlung jeder vereinbarten Reparationsforderung durch Deutschland garantieren.

Auf diesem Kredit, der in Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Amerika untergebracht und durch die amerikanische Regierung garantiert werden soll, würde die Bankiergruppe eine beträchtliche Privatanleihe an die deutsche Regierung geben, die dem Betrieb noch etwa

750 Millionen Dollar befreien werde und als Sicherheit in der üblichen Weise industrielle und städtische Hypotheken

nehmen. Die Vertreter der Bankiers, die an Ort und Stelle die deutsche Wirtschaftsregierung seit über einem Jahre untersucht, würden darlegen, daß Deutschland augenscheinlich nicht mehr als 300 Millionen Dollar zahlen könne. Sie seien jedoch der Ansicht, daß dieser Betrag sofort geschuldet werden könne (?) und daß in zwei Jahren der Betrag auf 400 Millionen Dollar erhöht werden könne. Allmählich müßten mit

36facher Aufsichtsrat

Die Entwicklung in der demokratischen Reichstagsfraktion geht offensichtlich stark nach rechts. Bei den Verhandlungen über die Steuerzölle im Reichstag wetteiferten die Demokraten stets mit den Deutschnationalen. Die Erklärung dafür ist die Tatjade, daß die Demokraten im Steuerausschuß vertreten sind durch Herrn Dr. Fischer, Köln. Dieser Mann hat sechs Posten als Vorsitzender von Aufsichtsräten inne und ist außerdem in 30 Gesellschaften Mitglied des Aufsichtsrates. So ist er u. a. Mitglied des Aufsichtsrates in folgenden bedeutenden Industrie- und Bankunternehmungen:

H. G. G., Berlin,
 Bahnhofstr. 1. G., Darmstadt,
 Deutsch-Argentinische Bergwerks- und Hütten-G. S., Podium,
 Düsseltoff-Gesellschaft, Berlin,
 Eisen- und Stahlwerk Hoch, W. G., Dortmund,
 Schmiedebergwerks-Verein, Hörnscheid,
 Gasmotorenfabrik Deutz, Köl n-Deutz,
 Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, W. G.,
 Gusstahlwerk Bitten, W. G., Bitten a. d. Ruhr,
 Halle der Salinwerke, W. G., Schleiden,
 Salinwerke Adolfs Glück, Lindnebel.
 Höhen-Reckesener Bergwerksverein, Altenessen,
 Ludwig Löwe, W. G., Berlin,
 N. Schaffhausenischer Bansverein, W. G., Köln,
 Vereinigte Stahlwerke van der Zypen, W. G., Köln-Deutz.
 Das ein Jahr später

Doch ein solcher Mann sehr schwer in der Lage ist Steuerpolitik anders zu betreiben, als unter dem Gesichtspunkt großindustrieller Interessen, bedarf seiner Ausdehnung. Die Gegenläufe in der demokratischen Kraft sind überdies der beste Beweis dafür. Während Erkelens, der erste Vorsitzende der Demokratischen Partei und zugleich Führer der Hirsch-Dunderschen Arbeiter und Angestellten in den schärfsten Worten gegen das steuerliche Unrecht gegenüber den Bohn- und Schaltsempfängern protestierte, hat der zweite Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dr. Fischer, Köln, alles getan, um dieses Steuerunrecht noch zu verschärfen.

Die Demokraten sind in dieser Beziehung selbst der Deutschen Volkspartei voraus. Diese hat nie daran gedacht, Herrn Hugo Stinnes zu ihrem Sachverständler in Steuerfragen zu machen. Die Demokraten aber trauen den Mann mit ihrer Vertretung in Steuerfragen, der von allen Abgeordneten die meisten Aussichtsratsposten innehat und am engsten mit der Schwerindustrie und den Banken verknüpft ist. Ein interessantes Beispiel für die kapitalistische Natur der Demokratischen Partei, die die Partei des „sozialen Ausgleichs“ sein will.

Regierungspräse in Hessen

Darmstadt, 18. Dezember. Der hessische Finanzminister Heinrich ist am Sonnabend zurückgetreten. Wie wir erfahren, hat der hessische Landespräsident aus Anlaß des Rücktritts des Finanzministers die Führer der politischen Parteien Hessens und den Landtagspräsidenten Hessen zur Besprechung einberufen. Versuche des Staatspräsidenten, den Finanzminister Heinrich zum Verbleiben in seinem Amt zu bewegen, waren ergebnislos. In der Besprechung soll vor allem die Frage gestellt werden, ob die Demokraten, die den Rücktritt des Finanzministers gebilligt haben, damit zugleich aus der Koalition ausscheiden wollen. Wäre das der Fall, so würde die Frage geprüft werden, ob das gesuchte Kabinett zurücktreten oder ob eine Verstärkung der bisherigen Koalition durch die Deutsche Volkspartei herbeigeführt werden soll. Im letzteren Falle würden die Demokraten ebenfalls in der Regierung bleiben. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages wird in den nächsten Tagen zu der Kritik Stellung nehmen.

Der zurückgetretene Finanzminister Henrich hat seinen Rücktritt damit begründet, daß verschiedene Abstimmungen im Plenum des Landtages während der letzten Tage in scharem Gegensatz zu der Stellung der Parteien im Ausschuß erfolgten. Dadurch sei ihm der Beweis erbracht, daß er bei den andern Koalitionsparteien (Henrich ist Demokrat) nicht mehr das Maß von Unterstützung und Vertrauen besitze, das zur erfolgreichen Durchführung einer auf der bestehenden Koalition aufgebauten Regierungspolitik erforderlich sei.

halbe Redakteur Robert Größsch am Sonnabend in einer Untertasse, die er bei der Weihnachtsfeier des Volkschors Dresden-Meusitz in Wapkes Restaurant hielt. Er wies auf den reizvollen Gehalt der christlichen Symbole hin, des Mannes, der sich am Kreuz für die Brüder opfert, des aufkunftsgegenden Kindes, dem Hirten und Könige.

der groß und heilig bleibt auch im Stoff und unter Lumpen. Es kommt darauf an, jenen Symbolen ihre ursprüngliche Bedeutung wiederzugeben, sie zu befreien von dem Kirchenstaub, der sich in zweit Jahrtausenden darauf legte, und sie hinauszutragen in das Leben, in den Alltag. Tage, die unter solchen Zeichen stünden, füllt zu begehen, habe niemand Grund, auch niemand höheres Recht als gerade der Sozialist, dessen Gedanken und Tun in dem Glauben an den Sieg der Menschlichkeit wippten. — Wie die Feste von der Arbeiterschaft zu feiern sind, dafür war die Eröffnung des Volkschores Dresdens-Reustadt selber ein musterhaftes Beispiel. Feierliche Männer- und Freuenchöre, altes deutsches Volkgut, neben Beethoven und Schubert, lamen unter Leitung von Wagner rein und klänglich zu Gehör, und Trude Schöne. Anspiegel trug Weihnachtsläufe von alten und neuen Liedern mit klarer Stimme und innigem Ausdruck vor; Stormingers Lied, in das die „Stille, heilige Nacht“ vom Flügel hereinringt, muhte sie wiederholen. Durch die Festrede des Genossen Köbsch waren alle die langvertrauten Weihnachtssymbole, von denen die Lieber sprachen, aus dem dogmatischen Harn erlöst, zu ihrer allgemeineren Bedeutung emporgehoben worden, ohne zum an Innigkeit und Schlichtheit zu verlieren. — Vorbildlich war, wie zum Schluss noch vermerkt werden soll, auch das Verhalten des Besuchers, unter denen zahlreiche Frauen und auch Kinder standen, so daß wirklich echte Feierstimmung ausflog und unverbrechen bis zu

Zweihundertfache Friedensmiete

Bei der Erörterung der Wohnungsfrage wird sehr viel mit Schlagworten operiert. Weg mit der Bwangswirtschaft sagen die einen. Die Bwangswirtschaft habe sich nirgends bewährt, und wenn die Wohnungsfrage bis jetzt noch keine Lösung gefunden habe, so sei daran nur die Bwangswirtschaft schuld. Demgegenüber kann man auf die Tatsache verweisen, daß die freie Wirtschaft bis jetzt auch nicht inslande war, die große Masse des Volkes einigermaßen erträglich mit Lebensmitteln und Kleidung zu versorgen und daß diese Versorgung nur in fortgesetzt steigenden Preisen vor sich geht. Hätten wir die freie Wirtschaft im Wohnungsbau so wie es waren, dann hätten wir heute Mieten, die mindestens das 200fache des Friedenspreises betragen, ohne daß ein Unternehmer ein Miethaus bauen würde, weil sich die neuen Häuser erst rentieren, wenn die Mieten auf mindestens das 1000fache gestiegen wären. Unsre Lebensmittelpreise steigen und fallen mit dem Dollarfuß, d. h. mit dem Goldwert. Es besteht die Möglichkeit, daß einmal ein rasches Sinken der Preise eintritt. Anders liegen die Dinge bei den Wohnungen und bei Grund und Boden. Diese Preise steigen etwas langamer als andre, sind sie aber erst einmal gestiegen, haben sich die Mietpreise in den Verkaufspreisen der Häuser und in ihrer hypothekarischen Belastung ausgeübt, dann können die Preise gar nicht mehr fallen, ohne daß es groÙe wirtschaftliche Störungen gibt. Diese Preise festigen sich, sie verhindern dann eine Besserung unsres Geldwertes, und auf Jahrzehnte hinaus wäre das ganze Volk den Boden- und Hausbesitzern unterworfen.

Bei Miethäusern hielt man vor dem Krieg eine Verzinsung von 6 bis 7 Proz. für erforderlich, um die Hypothekenvergütungen, Steuern und Unterhaltungskosten zu bestreiten, so reine Miete ertragnis betrug für den Haushalter in der Regel 5 bis 5½ Proz. Konnte der Besitzer die Miete höher treiben, so war ihm die Möglichkeit gegeben, einen höheren Verkaufspreis zu ergieben, weil der Wert der Miethäuser nicht nach den Baukosten, sondern nach dem Mieteerträgnis bemessen wird. Würde die Zwangswirtschaft fallen, dann stiegen die Mietpreise und somit die Verkaufseife. Wer für sich allein ein Wohnhaus besitzt, würde von den Steigen der Preise nicht sofort betroffen. Mit der Zeit wird aber jeder, und vor allem jeder neue Mieter, in Wirtschaft gezogen. Mit dem rapiden Steigen der Mieten ist natürlich auch wieder die Löhne und Gehälter steigen, es wiederum neue Preisssteigerungen im Gefolge hätte. wird aber sofort klar, daß für die Lohn- und Gehaltspfänger die Sache mit Erhöhung des Einkommens nicht beglichen werden kann, wenn man bedenkt, daß mit dem Steigen der Mieten in ganz Deutschland für eine große Zahl Personen das arbeitslose Einkommen, für welches sie einen geringen wirtschaftlichen Mehrwert erzeugen, gewaltig er- stürmt würde.

Die Hausbesitzer sagen nun, alles ist im Preise gen, warum soll gerade unsre Einnahme — und damit nien sie die Reineinnahme — nicht steigen. Sie führen in der Regel irgendeinen Fall an, wo eine Witwe, deren das ganze Vermögen in ein Haus stieckte, heute gar mehr aus dem Haus ziehen kann und am Hungertuch. Es ist richtig, daß in den letzten Jahren vor Inflation des Reichsmietengesetzes sich Fälle ereigneten, wo die dem Hausbesitzer nicht so viel einbrachte, als er Unn hatte. Diese Mißstände sind jetzt aber beseitigt, und Hausbesitzer wissen schon dafür zu sorgen, daß die Bu ge zur Grundmiete den Geldverhältnissen entsprechend gestellt werden. Auch die andre Lage der Hausbesitzer, in den letzten Monaten die Fortsetzung der Bushälfte nicht Geldentwertung gefolgt sei, ist nicht stichhaltig und kann gegen die Zwangswirtschaft ins Feld geführt werden, einer so rapiden Geldentwertung, wie wir sie in den

leisten Monaten zu verzeichnen hatten, auch die Mietpreise um möglich hätten folgen können.

Wir müssen daran festhalten, daß der Haushaltsein Gewerbe ist und der Haushalter nicht anders beschädigt werden kann als ein Rentner, sonst würden wir zu ganz großen Ungerechtigkeiten kommen. Der Normalfall im Haushalt ist der, daß der Besitzer 20 Proz. des Kapitals selber aufbrachte und 80 Proz. durch Hypothekenaufnahme deckte. Diese Hypothesen verzinst und tilgt der Haushalter mit Papiercheinern, und auch wenn die Miete noch so hoch steigen würde, würde er deswegen keinen Gläubigerne keine Mark mehr geben als er muß. Der freie Wohnungsmarkt müßte dazu führen, daß an Stelle des alten Rentnerstandes ein neuer tritt. In Einzelfall würde sich die Sache etwa folgendermaßen gestalten: In einem Haus für 100 000 Mark hat der Besitzer 20 000 M. angelegt, die Hypotheken gläubiger 80 000 M. Die Letzteren haben also $\frac{1}{4}$, an dem Haus bezahlt. Würde auch nur eine Steigerung des Reinvertrages auf das Zehnfache zugelassen, so wäre das Haus eine Million wert. Der Haushalter hätte dann ein Vermögen von 920 000 M., also einen Zuwachs von 300 000 Mark; die Hypothekengläubiger hätten immer noch ihre 80 000 M. und müßten, falls sie bei dem Haushalter wohnten, in einem Jahr mehr Miete bezahlen als ihre ganze Hypothek ausmacht. Dieser Fall der Verarmung der Kapitalrentner würde sich hundertmal mehr ereignen, als der von den Haushaltern immer angeführte Fall von der Verarmung des Haushalters. Nun würden aber die Mieten nicht bei dem zehnfachen Friedensbetrag, auch nicht beim hundertfachen stehen bleiben, sondern immer weiter steigen, wie in Österreich, wo man sd.—n beim 2000fachen Betrag angelangt ist. Die Haushalter sagen, daß wäre eine Verleumdung ihres Standes; sie dächten gar nicht davon, so hohe Preise zu nehmen. Ähnliches haben wir vor zwei Jahren auch von der Landwirtschaft gehört. Und wie steht es in Wirklichkeit heute mit dem Getreide- und Fleischpreis? Ist erst die freie Wirtschaft zugelassen, dann treten die Gesetze dieser Wirtschaft in Kraft, dann steigen die Preise bis zu dem Punkt, wo irgend ein Konkurrenzfaktor einsetzt. Wohnungen kann man nicht aus dem Ausland beziehen, überhaupt nicht anders als durch Neubau erhalten. Neubauten kosten heute schon mehr als das Zehnfache vom Friedenspreis, und erst bei diesem Punkt würde die Konkurrenz einsetzen. Der Kostenanteil einer Zweizimmerwohnung erfordert selbst in der Mittelsklasse einen Aufwand von mindestens 2 Millionen. Das würde schon bei einem Bindfuß von 5 Proz. und $1\frac{1}{2}$ Proz. für Steuern und Unterhaltung eine jährliche Mietsumme von 150 000 M. erfordern. Bis die Mieten diese Höhe erreicht hätten, wären Löhne und Gehälter soweit gestiegen — vorausgesetzt, daß wir nicht vorher wirtschaftlich zusammenbrechen würden —, daß auch um diesen Betrag keine Wohnung mehr hergestellt werden könnte. Die Wohnungsfrage würde dann wahrscheinlich die Entwicklung nehmen, wie etwa die Fleischversorgung. Große Massen könnten sich überhaupt keine einzigermöglichen zufriedenstellende Wohnung mehr leisten, sie würden eben noch mehr als bisher zusammengepfercht.

Amerika für Abrüstungsbeschränkung zu See und in der Luft

Washington, 19. Dezember. Das Repräsentantenhaus hat den Bericht des Budgetausschusses angenommen, der die Eröffnung von Verhandlungen durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit England, Frankreich, Italien und Japan zur Herbeiführung eines Abkommenes verlangt, durch das der Bau von Kriegsfahrzeugen über oder unter Wasser von jeder Art mit einer Tonnage von 10 000 Tonnen und darunter sowie für alle Arten Flugmaschinen für Heer und Marine eingeschränkt werden soll.

sond ein Tanzvergnügen statt. In den frühen Morgenstunden gingen die Soldaten wiederholt in den andern Saal, um sich am Tanze zu beteiligen. Als ein Kochmeister sich mit einem jungen Mädchen angefreundet hatte, kam es zu Reibereien zwischen ihm und mehreren Büdisten. Die Streitigkeiten erledigten schließlich sowohl aus, daß die Büdiperonen mit Stühlen und Gläsern auf die Soldaten eindrangen, die ihrerseits teilweise die Waffe gezogen hatten. Bei der allgemeinen Prügelei gab es auch einige Verletzungen. Ein Unteroffizier wurde zur Anlegung eines Rotbandes der Rettungswache aufsuchen. Herbeigerufenen Schuppengeist schließlich den Saal verlassen.

Das Buch 5224

		16. 12.	18. 12.	16. 12.	18. 12.
		Geld	Brief	Geld	Brief
Holland . . .	1 Gulden	2022,67	2037,88	2748,86	2761,14
Dänemark . . .	1 Krone	1521,18	1528,82	1271,81	1278,19
Schweden . . .	1 Krone	1955,10	1968,90	—	—
Norwegen . . .	1 Krone	1886,52	1898,48	1163,08	1167,92
Helsingfors . .	1 fin. Mark	182,54	183,46	—	—
Schweiz . . .	1 Frank	1894,—	1401,—	1157,10	1162,90
Wien (deutsch.)					
(öster. abgesgt.)	100 Kronen	10,47	10,58	8,87	8,94
Prag . . .	1 Krone	308,97	200,56	172,56	173,44
Budapest . . .	1 Krone	8,11	8,18	2,59	3,61
Belgien . . .	1 Franc	466,25	469,75	428,98	426,01
Spanien . . .	1 Peseta	1157,10	1162,90	962,58	977,43
Italien . . .	1 Lira	874,06	875,94	809,22	810,74
London . . .	1 Bid. Sterl.	835,7,—	5405,—	28428,78	28671,91
Reinserf . . .	1 Dollar	7304,91	7380,70	6084,76	6118,95
Paris . . .	1 Franc	518,65	561,88	456,76	466,76

ra. Berlin, 19. Dezember. (Eig. Drachtm.) Die Befestigung, die am gestrigen Nachmittag am Devisenmarkt jeder eingefordert, nahm heute vormittag ihren Fortgang. Unter dem Einfluss schwächeren Neuhofener Marktfürsche schaute der Dollar heute gestiegenen Kurien ein. Der Dollar stieg im Laufe des Vormittags weiter. Gegen 10 Uhr hatte er die 7000-Grenze bereits überschritten und wurde mit 7150 gehobelt. Allerdings trug die Wirtschaft auch wieder einen sehr unsicheren Obertritt. Der Devisenhandel ist nach dem gestrigen Rückgang sehr vorsichtig geworden, zeigt man doch nicht, ob auch diese Marktlegerung nicht wieder als alarmiert betrachtet werden muss. Aus Neuhof wird nachdrücklich ein Marktfür von 0,0151 gefordert, was einem hiesigen Dolarwert von circa 6500 entspricht. Die europäischen Währungen sind etwas schwächer für die Mark gestimmt. Die übrigen ausländischen

Waffenstillstand wiederum mit.

Wasserstände der Moldau, Úcer, Eger und Ohře								
	Weltkrieg	17.	18.		Weltkrieg	17.	18.	
Olbersdorf	Hubertus...	-	3	-	12	Grundbeis.	+	86
Olbersdorf	Mödran	+	40	+	70	Weinrlf.	+	56
Úcer	Jungbunzlau	+	12	+	14	Seitmerig	+	75
Eger	Ústí	+	58	+	65	Kufius	+	86
	Ústí	+	ca.	+	ca.			87

Dienstag den 19. Dezember 1922

Böllzeitung

Seite 5

Ministerbeleidigungen und Deutsche Volkspartei

Im sächsischen Landtag hat der deutschsozialistische Abgeordnete und Staatslandwirtschaftsminister Dr. Kaiser seine Behauptungen über Strafanträge wegen Ministerbeleidigungen aufgestellt, die deutlich verraten, daß er sich lediglich auf die höchst einseitigen Schilderungen der Sachsenstimme stützt. Herr Dr. Kaiser behauptete, daß die Regierung bei jeder Presseausschüttung, die ihr nicht beigehe, ein Strafverfahren einleite, ebenso wenn ein Beamter sich mal etwas hart über die Regierung ausspräche. Er behauptete fälschlich, gegen die Dresden Nachrichten sei deshalb ein Strafverfahren wegen Verleidigung eingeleitet, weil das Blatt davon gesprochen habe, daß das Ministerium an seinem Platz stehe.

Wie wir auf Erdungungen an günstiger Stelle erfahren, übersprechen diese Behauptungen völlig den Tatsachen. Die Dresden Nachrichten sind unter Anklage gestellt worden, weil sie einem Minister eine schwere ungeschickliche Handlung vorgeworfen hatten. Es ist auch kein einziger Beamter, der sich über die Regierung mal etwas hart ausgesprochen hat, angeklagt worden. Wohl aber ist gegen einen Beamten, der den Minister jedes Ehrgesühl abgesprochen, der ihnen niedrige Gesinnung unterstellt, der sie verdächtigt hatte, wegen des Gehalts an der Zeitung zu bleiben, und der ihnen Konzentrum usw. vorgeworfen hatte, ein Strafverfahren eingeleitet worden, ebenso gegen einen andern Beamten, der aufgefordert hatte, die Minister alle aufzuhängen, weil sie Regierungslumpen seien, und in einem dritten Falle, weil der Betreffende bedauert hatte, die Minister erschien bei Vergebung von Staatsaufträgen schwierig; sie seien eine unsähige, verächtliche Regierung.

Schon diese wenigen Tatsachen beweisen, wie überaus leichtfertig Dr. Kaiser seine Behauptungen aufgestellt hat. Die Behauptungen, daß die Regierung wegen jeder Presseausschüttung, die ihr nicht beigehe, Strafantrag stelle, ist weit mehr als eine leichtfertige Behauptung, denn Herr Dr. Kaiser weiß genau, daß davon keine Rede sein kann. Es ist lediglich einmal gegen eine Zeitung wegen ganz grober Lügen über die Minister, und gegen eine andere, die der Regierung betrügerische Mandate und Gaunerticks vorgeworfen hatte, Strafantrag gestellt worden. In einigen ganz wenigen andern Fällen sind Zeitungen verurteilt oder unter Anklage gestellt worden, weil sie ganz grobe Unwahrheiten gegen Minister verbreitet haben, die gezeigt waren, das Ansehen der gesamten Regierung herabzusetzen.

Wenn Herr Dr. Kaiser sich vor seiner Rebe, wie es seine Pflicht gewesen wäre, erkundigt hätte, hätte er ferner erfahren können, daß die Minister auch gegen sonstige Beleidiger nur dann Strafantrag stellen, wenn die Beleidigung besonders schwer ist. Will Herr Dr. Kaiser bestreiten, daß die Minister in folgenden Fällen leichtfertig mit dem Stellen von Strafanträgen vorgegangen seien?

Ein Kaufmann B. hatte behauptet, die Reichsregierung bestände nur aus Juden. Dr. Grabmair sei der Hauptmacher, die sächsischen Minister seien Verräter, übten Vollmachtenherzhaft aus usw. Ein Viehbaumeister E. hatte die Minister große Lumpen genannt, die sich die Taschen füllen. Ein Gallovert A. hatte gesagt, daß die Lumpen Ebert und Budd sich im Krieg hätten die Taschen plündern lassen; ein Holzhändler B. daß ein Minister a. D., ein ehrlicher radikaler Hund, sich hinter die Arme stelle. Ein Kaufmann C. hatte aufgefordert, die Minister an die Wand zu stellen und Handgranaten zu werfen und ferner, ein Minister habe sich bei einem Bergungskräfte wie ein Schwein benommen; sie seien Lumpen und Juden usw. Ein Ingenieur A. hatte behauptet, daß Minister die früher nichts gehabt, heute Villen und Häuser besitzen. Ein Fabrikbesitzer E. hatte Minister Geldverschwendungen ins Ausland nachgesagt. Ein Dekorateur F. hatte die Minister eine jüdische Regierung genannt, die ganz Deutschland verlaufen, die man als Lumpen tötschlagen müsse. Ein Händler G. hatte gefragt, die Minister seien eine jüdische Handregierung und Lumpen usw. usw.

Würde Herr Dr. Kaiser, wenn er, wie es doch seine Freunde wünschen, Minister würde, sich diese Dinge zufügung nachzuhören lassen? Würde er sich, wie es in andern Fällen gegenüber dem lebhaften Minister geschehen ist, nachsagen lassen, ob er ein Lump und Spießbube oder ein dreifigter späfiger Jude sei, daß er dreist und frech lüge und betrüge? Ganz sicher nicht; aber eben deshalb hat er auch kein Recht, sich im Landtag, gestützt auf Werth der Sachsenstimme, als Gegner der Ministerbeleidigungen ausspielen. Würde er, nachdem er nunmehr den wahren Zustand erfahren, Gelegenheit nehmen, seine ungerechtfertigten Angriffe zurückzunehmen?

Um übrigens hat der Ministerpräsident bereits dem Landtag mitgeteilt, daß schon vor der Rede Dr. Kaisers von der Regierung erwogen worden sei, nunmehr, nachdem eine Anzahl Verleumder

bestraft worden sind, einzelne der noch schwebenden Verfahren niederzuschlagen. Er fügte jedoch hinzu: „Das muß aber von Fall zu Fall geschehen, keineswegs kann es aber geschehen für die Beamten, die im Staatsdienste stehen, die die Pflicht haben, die Regierung, die vom Parlament gewählten Minister als ihre ersten Mitarbeiter zu betrachten. Ein Beamter darf sich das nicht herausnehmen. Beleidigungen auszusprechen, die geeignet sind, die Person des Ministers in den Kot zu ziehen. Auf diese Weise kann meines Erachtens ein Verhandlungsstaat nicht ausgedehnt werden.“

Sächsische Angelegenheiten

Zusammenschluß der verfassungstreuen höheren Verwaltungsbeamten

Der Vorstand des Bundes republikanischer höherer Verwaltungsbeamten wendet sich an die öffentliche und insbesondere an die höheren Verwaltungsbeamten des Freistaates Sachsen mit folgender Erklärung:

Der Bund erkennt an, daß sich die höheren Verwaltungsbeamten Sachsen nach der Umwidlung mit wenigen Ausnahmen in den Dienst des neuen Staates gestellt und dadurch wesentlich dazu beigetragen haben, die Verwaltung fortzuführen und einen geordneten Übergang in die neue Verfassungsform zu vollziehen.

Für die Zukunft aber handelt es sich nicht nur darum, daß jedermann innerhalb der neuen Verfassung seine Pflicht und Schuldigkeit tut, sondern daß alle Staatsbürger, die an verantwortlicher Stelle stehen, versuchen, daß republikanische Bewußtheit in den Formen des öffentlichen Lebens wie im Herzen der Volksgenossen mehr und mehr zu entstehen, um so den Geist und die innere Kraft der neuen Staatsaufstellung zu fruchtbaren Wirkung für die Gesamtheit unseres Volkes zu bringen. Dazu kommt, daß manches Ereignis der letzten Zeit jeden Einsichtigen hat erkennen lassen, daß dem Staat noch immer Gefahren von außen und innen drohen. Da ist es eine besonders dringliche Pflicht der Beamenschaft, in abwehrhafter Treue und Staatsgefehnung sich in die vorderste Reihe der zu stellen, die bereit und bereit sind, die Verfassung und damit den Staat selbst zu schützen.

Daher durfte nicht mehr gedacht werden, der Teil der höheren Beamenschaft in Staat und Gemeinde in einer Verbindung zusammenzutreffen, der sich nicht nur notgedrungen mit der Tatsache der Republik abgefunden hat, sondern sich zu ihr befreit und sie fördert will.

Der Bund republikanischer höherer Verwaltungsbeamten erfreut sich seiner Erfahrung den Schutz der Demokratie und des Freistaates in der Verwaltung.

Mitglied kann jeder höhere Verwaltungsbeamte werden, der gewillt ist, republikanische Gesinnung in Worten und Handlungen zu betätigen. Die Aufnahme vollzieht der Vorstand, wenn sie von zwei Mitgliedern befürwortet wird. Der Bund steht grundsätzlich auf dem Boden des sachlich geschulten Verwaltungsbürokratisches, hat es jedoch auch für zweckmäßig, daß auch bewährte Männer des praktischen Lebens in verantwortliche staatliche Stellungen berufen werden, wenn es das Staatswohl erfordert. Er wendet sich vor allem auch an die jungen Beamten, auf die er im Sinne seiner Grundsätze und Ziele im Interesse der Allgemeinheit eingewiesen hofft. Dabei lehnt er es aber entschieden ab, für seine Mitglieder irgendwelche persönlichen Vorteile zu beanspruchen oder anzusteuern. Verhalten möge sich vielleicht, wer glaubt, auf diesem Wege ein bequemeres Vorortdienstamt zu finden.

Jede partizipatorische Verteilung des Bundes ist ausgeschlossen. Auch in die Aufgaben der Beamten-Gewerkschaften wird er sich nicht einmischen; im Gegenteil ist es ihm erwünscht, daß seine Mitglieder der für sie in Frage kommenden Gewerkschaft angehören.

So wird der Bund unter Wahrung seiner Unabhängigkeit nach allen Seiten seine Arbeit aufnehmen. Möge es ihm gelingen, sein Ziel zu erreichen zum Wohl des Volkes, dem seine Liebe gehört.

Der Gesamtvorstand:

Professor Dr. Apelt, Ministerialrat im Kultusministerium (Vorsitzender); Albert Scheiteler in der Staatskanzlei; Barth, Polizeidirektor in Bautzen; Böhme, Regierungsrat im Arbeitsministerium; Caspar, M. b. L. Regierungsrat (Staatspolizeibeamt); Dr. Dehne, Ministerialdirektor im Arbeitsministerium, M. b. L.; Dr. de Guehr, Amtshauptmann; Haas, Ministerialrat im Kultusministerium; Hechlein, Bürgermeister in Schmölln; Holz, Oberbürgermeister in Bautzen; Dr. Menke, Glüder, Kreisbadzeug, Ministerialrat im Kultusministerium; Ritschke, Bürgermeister in Dresden;

damals zur Hälfte aus einem finsternen mittelalterlichen Fest, zur andern Hälfte aus einem neuen prächtigen Palast bestand, den die Medizäerin hatte aufführen lassen. Diese Mischung zweier Seiten vermehrte in mir den Eindruck, der mich, seit ich Paris betreten, nie verlassen hatte, den Eindruck des Schwankhaften, Ungleichartigen, der sich widersprechenden und miteinander ringenden Elementen.

Nachdem wie viele Gänge und eine Reihe von Gemächern durchschritten hatten, deren Verzierung in jedem Steinwerk und oft ausgelassener Malerei meinem protestantischen Geschmack fremd und zuweilen ärgerlich war, Boccard aber heralisch belustigte, öffnete mir dieser ein Kabinett mit den Wörtern: „Dies ist das Studierzimmer des Königs.“

Da herrschte eine greuliche Unordnung. Der Boden war mit Rotenheften und aufgeblätterten Büchern bestreut.

An den Wänden hingen Waffen. Auf dem kostbaren Mar-

mortisch lag ein Waldhorn.

Ich beanlegte mich, von der Tür aus einen Blick in dies Chaos zu werfen, und weitergehend fragte ich Boccard, ob der König musikalisch sei.

„Er blökt herzerreibend,“ erwiderte dieser, „oft ganze Vormittage hindurch und, was schlimmer ist, ganze Nächte, wenn er nicht hier nebenan.“ er riss auf eine andre Tür, vor dem Ambos steht und schmiedet, daß die Funken fließen. Gest aber ruhen Waldhorn und Hammer. Er ist mit dem jungen Cholacanguion eine Welt eingegangen, welchem von ihnen es zuerst gelungen, den Fuß in Munde das Zimmer auf und nieder zu hüpfen. Das gibt ihm nun unglaublich zu tun.“

Da Boccard sah, wie ich traurig wurde und es ihm auch sonst vorsell scheinen möchte, das Schätzchen über das gekrönte Haupt hinstrich abzubrechen, und er mich ein, mit ihm das Mittagsmahl in einem nicht weit entgegen liegenden Gasthause einzunehmen, das er mir als ganz voraus schilderte.

Um abzufürgen, schlungen wir eine enge, lange Gasse ein. Zwei Männer schritten uns vom andern Ende heran.

„Eich!“ sagte mir Boccard, „dort kommt Graf Guido, der berüchtigte Damenfänger und der größte Rauber am Hofe, und neben ihm — wahrhaftig — das Signerolle! Wie darf sich der am hellen Tage blenden lassen, da er doch ein vollgütiges Todesurteil auf dem Halse hat!“

Ich blieb hin und erkannte in dem vornehmsten der

Dr. Stein, Sparkassendirektor in Leipzig; Dr. Thomas, Polizeipräsident; Dr. Ulich, Regierungsrat im Kultusministerium; Dr. Wacker, Oberregierungsrat im Polizeipräsidium Dresden.

Aktivitätschlüsse an Beamte und Staatsangehörige

Der Bedeutungswert entsprechend hat das Gesamtministerium die Grundlage über Gewährung von Aktivitätschlüssen zu Lasten des bewohnten Staatsvermögens an Beamten und an im Staatsdienste beschäftigte Angestellte und Arbeiter abgebaut. Die wesentlichen Punkte sind: Vorläufe von nicht mehr als 5000 M. für den Einzelfall sind in der Regel zinsfrei. Obrigkeitliche Gehaltssumme der Beamten mehr als 80 000 M., bei Anstellten und Arbeitern mehr als das übliche Monatsentommen, so ist zu wenigstens drei Viertel sicherzustellen. Bei Beamten kann die zuständige Behörde die Sicherstellung auf die Hälfte ermäßigen, wenn die Gehaltssumme den Betrag von 80 000 M. nicht übersteigt. Vorläufe zur Gründung einer eigenen Dienststätte sind mit 8½ v. H. zu veranlassen. Für die zur Zeit des Erlasses der neuen Verordnung vom 8. Dezember 1922 bereits bestandenen Aktivitätschlüsse bleiben die bisherigen Vorschriften vom 20. Mai 1921 und 17. Februar 1922 in Geltung.

Ferner hat das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern (Reichsraum) für die Gewährung von Unterstützungen in Krankheitsfällen folgende Richtlinien festgestellt: Anträge unter 1000 M. bleiben außer Betracht. Bei Bewilligungen ist der Grad der Bedürftigkeit des Gesuchstellers maßgebend. Der Aufwand, der über die Gebühr aus der Jugendschule zu einer Krankenversicherungsanstaltung hinaus reicht, auch unvermeidbar gewesen sein und darf über eine angemessene Höhe nicht hinausgehen. Als solche ist beispielweise ein Beitrag anzusehen, der erwachsen wäre, wenn der Beamte oder seine Angehörigen die Vergütung eines öffentlichen Krankenhauses aufgewählt hätten, die der Dienststelle des Beamten entspricht. Besonders haben die Auswendungen wird die Gewährung einer Unterstützung davon abhängig gemacht, daß die Dienststelle schon während der Krankheit über bei Höhe und Notwendigkeit der Ausgaben unterrichtet worden ist.

Ein sächsischer Sparkommissar

Auf Grund eines Beschlusses des Gesamtministeriums ist Ministerialrat Wohlrab zum Sparkommissar für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums bestimmt worden. Er soll möglichster Wirtschaftlichkeit und Sparfreude seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Er trifft seine Maßnahmen über Geschäftsvereinbarungen usw. nach Verneinungen mit der zuständigen Stelle im Auftrage des Finanzministers. Die Dienststellen haben dem Sparkommissar alle erreichbaren Auskünfte über Einschätzungen der einzelnen Geschäftsbereiche zu erzielen und sonstige Unterstützungen angebieten zu lassen. Die gesamte Bevölkerung wird zur täglichen Mitarbeit aufgefordert. Geeignete Torschläge, für die eine Einkäufung des Dienstwagens nicht erforderlich ist, können unter Umständen besonders entlastet werden, wofür ihre praktische Vermögens für die Geschäftsvereinbarungen wesentliche Erfolgsfälle der Staatsklasse herbeiführt hat.

Heraus mit den Kartoffeln! Die Klagen wollen nicht verstummen, daß Landwirte Kartoffeln zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen. Solche Landwirte verstoßen gegen die Verordnung gegen Preisstreik vom 8. Mai 1918 und das Preisgebot vom 21. Dezember 1921 und waren deshalb mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 2 Millionen Mark, in besonderen Fällen auch mit Zuchthaus bestraft werden. Das lädtliche Wirtschaftsministerium hat die Amtshauptmannschaften und Städte zu besonderer Aufmerksamkeit veranlaßt, damit sie ihnen befehlende Fälle sofort an die Strafverfolgungsbehörde weiterleiten.

Der Stadtgemeinderat in Döhlen stellt bekanntlich nur noch ein Kämpfparlament dar, das von den rechtstrebenden Abgeordneten gebildet wird. Die Linke befindet sich seit längerer Zeit in der Obstruktion, weil ihre Anträge auf Entfernung der Bilder und Säulen von Monarchen nicht einstimmig angenommen worden sind. Dieser Konflikt hat jetzt eine neue Wendung bekommen. Das Kämpfparlament hat die Auflösung des Stadtgemeinderats beschlossen. Die Zustimmung des Ministeriums steht jedoch noch aus. Wenn dieses die Zustimmung erzielt, sind also hier Stadtverordnetenwahlen zu erwarten.

Von marktorientierten Firmenbeziehungen wird vielfach Gebrauch gemacht, die zu Territorien über Art und Umfang des Gewerbebetriebes Anhalt geben. Das Wirtschaftsministerium weiß darauf hin, daß in solchem Verhalten eine Tatsache erblüht werden kann, die die Unauflösbarkeit des betreffenden Gewerbebetriebes in Bezug auf Handel mit Lebens- und Futtermitteln verlangt oder entzög oder überhaupt die Ausübung des Gewerbebetriebes unterliegt werden soll.

Berurteilung eines Mörders. Der aus Polen stammende 26jährige Schlosser Blasius wurde vom Leipziger Schwurgericht für schuldig erkannt, am 4. Mai 1922 die 62jährige Geschäftsinhaberin Sophie Schäfer, mit der er ein Verhältnis hatte, in ihrem Wohnhaus in Leipzig erwürgt und vergiftet zu haben. Das Gericht verurteilte ihn wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus.

Bezeichneten den Universitäten, der gestern abend im Schloss der Baden-Baden veranstalteten und frecher Gebärde beleidigt hatte. Auch er schien sich meiner näherzuschreiten zu erkennen, denn sein Auge blieb unverwandt auf mir halten. Wir hatten die halbe Breite der engen Gasse inne, die andre Hälfte den uns entgegenkommenden frei ließ. Da Boccard und Liguerolle auf der Mauerseite gingen, musterten der Graf und ich dort aneinander vorüber.

Blöß ich erhielt ich einen Stoß und hörte den Grafen sagen: „Gib Raum, verdammt! Hugenott!“

Außer mir wandte ich mich nach ihm um, da rief er lachend zurück: „Willst du dich auf der Gasse so breit machen wie om Fenster?“

Ich wollte ihm nachstürzen, da umschlug mich Boccard und beschwore mich: „Nur hier keine Szenen! An diesen Seiten würden wir in einem Augenblick den Pöbel von Paris hinter uns her haben und, da sie dich an deinen steifen Krügen als Hugenotten erkennen würden, würdest du unzweckhaft verloren! Dass du Genugtuung erhalten mußt, versteht sich von selbst. Du überlässt mir die Sache, und ich will froh sein, wenn sich der vornehme Herr zu einem ehrlichen Zweikampfe versteht. Aber an dem Schwertnamen darf kein Wafel hasien und wenn ich mit dem deinen auch mein Leben einlegen müßt! —

Jetzt sage mir um aller Heiligen willen, bist du mit Guiche bekannt? Hast du ihn gegen dich aufgebracht? Doch nein, das ist ja nicht möglich! Der Augenblicks war übler Baune und wollte sie an deiner Hugenottenfracht auslassen.“

Unrechtes waren wir in das Gasthaus eingetreten, wo wie roch und in gestörter Stimmung unter Wahl hielten.

„Ich will meine Nachkommen halten,“ sagte Boccard, „denn ich werde mit dem Grafen einen harten Stand zu tun.“

Wir trennten uns und ich lehrte in meine Herberge zurück. Boccard versprechen, ihn dort zu erwarten. Nach Verlauf von zwei Stunden trat er in meine Kammer mit dem Ausdruck: „Es ist gut abgelaufen! Der Graf wird sich mit dir schlagen, morgen bei Tagessanbruch vor dem Tor St. Michel. Er empfängt mich nicht unhöflich und als ich ihm sagte, du wärst von gutem Hause, meinte er, es sei jetzt nicht der Augenblick, deinen Stammbaum zu untersuchen, vorerst lernen zu lernen wünste ich deine Klinge.“ (Fortsetzung folgt.)

Das Amulett

Novelle von C. F. Meyer

In so böse Zweifel verstrickt, versetzte ich meinen Weg, als sich eine Hand auf meine Schulter legte. Ich wandte mich und blickte in das wolfslose Gesicht meines Landsmannes Boccard, der mich umhalste und mit den lebhaftesten Freudenbekundungen begrüßte.

„Willkommen, Schadou, in Paris!“ rief er. „Ihr seid wie ich, müßig, das bin ich auch, und da der König eben vertritten ist, so müßt Ihr mit mir kommen, ich will Euch das Louvre zeigen. Ja, wohin dort, da meine Kompanie die Weise der inneren Gemälder hat. — Es wird Euch hoffentlich nicht belästigen,“ fuhr er fort, da er in meinen Wimmen sein ungemeinliches Vergnügen über seinen Vorschlag las, „mit Euer Abt Coligny die Verbrüderung der Parteien wünscht, so würde ihm das Hera im Leibe lassen ob der Freundschaft seines Schreibers mit einem Leibgardisten.“

„Wer hat Euch gesagt . . .“ unterbrach ich ihn erstaunt —

„Das Ihr des Admirals Schreiber seid!“ lachte Boccard, „Guter Freund, em Hofe wird mehr geschwätzt, als billig ist! Heute morgen beim Ballspiel war unter den hugenottischen Hofsleuten die Rede von einem Deutschen, der bei dem Adm. Gunk gestanden hätte, und aus früheren Neuerungen über die frugliche Persönlichkeit erfuhr ich zweifellos meinen Freunden Schadou. Es ist mir gut, daß Euch jenes Mal Boccard in die drei Völker zurückzogten, sonst wären wir uns fremd gegenseitig, denn Eure Landsleute im Louvre.“

Stadt-Chronik

Die Textilfabrikanten fordern Dollarpreise

Aus heisigen Geschäftskreisen geht uns folgende Zuschrift zu: Gegen das phantastische Steigen der Kleiderpreise, das fälschlich oft den Einzelhändler zur Last gelegt wird, obgleich sich diese mit relativ bescheidenen Augen begnügen, will der im Reichsverband für Damen- und Wäschefabrikation vereinigte Einzelhandel jetzt vor machen. Die sorgsame Steigerung ist auf das Verhalten der Legitindustrie zurückzuführen, die, von Spinnereien und Webereien angefangen bis zum Konfektionsfabrikanten, seit geraumer Zeit dazu übergegangen ist, die Nachfrage fast vollkommen auszuweiten und ihre Preise unmittelbar dem Tageskurs des Dollars anzupassen. Dass trotz dieser industriellen Preispolitik die Preise im Einzelhandel vielfach noch bedeutend billiger sind, als es dem Dollar-Kurs entspricht, röhrt daher, dass der Einzelhandel hier und da über alle billiger eingelaufene Warenbestände verfügt, die er weit unter seinem Wiederbeschaffungspreis abgibt.

Bei dem jetzt im Großhandel beginnenden Einkauf für die Frühjahr- und Sommeraison 1925 ist es zum Bruch zwischen den Einzelhändlern und den größten Teilen in Berlin ansässigen Konfektionsfabrikanten gekommen. Die letzteren legen ihren Grundstein den heutigen Dollar-Kurs zugrunde. Für sie die Bezahlung maßgebend aber ist der Dollar-Kurs des Absturztages, dergestalt, dass sich für die Einzelhändler der Papiermarktpreis der Ware je nach dem dann geltenden Dollar-Kurs richtet. Da bis zum Frühjahr eine weitere erhebliche Steigerung des Dollar-Kurses leider nicht unwahrscheinlich ist, so muss der Einzelhändler bei Abnahme der Ware mit einem Preisrechnen, der hoch über dem heutigen liegt, vielleicht eine Verbürgung des selben bedeuten. Ist er aber dann nicht in der Lage, stiftsgerecht auf den Tag zu bezahlen, so erhöht sich die Schuldsumme weiter den Dollar-Kurs entsprechend.

Diese Bedingungen der Konfektionsfabrikanten sind unerträglich sowohl für den Einzelhändler, dessen Ruhm sie herbeiführen können, wenn er nicht sein Vertriebskapital der Geldentwertung entsprechend vermehren kann und am Fälligkeitstage der zum Dollar-Kurs gelaufen Ware zahlungsfähig ist, als auch für die Bevölkerung, die Dollarpreise zahlen soll, deren Verdienst aber ebenfalls nicht mit dem Dollar-Kurs schafft und für welche die Anschaffung von Kleidung völlig unerschwinglich wird. Die Konfektionsfabrikanten zum Nachgeben zu bringen, bat der Reichsverband für Damen- und Wäschefabrikation deshalb die Kaufsstätte ausgesprochen, d. h. die Mitglieder dieses Verbandes sind verpflichtet, einstellen jede Bestellung in der Konfektionsindustrie zu unterstellen. Im Interesse der Bevölkerung muss man wünschen, dass das Vorgehen der Einzelhändler Erfolg hat und eine hemmungslose Ausgleichung der Leidungspreise an den Dollar-Kurs, wie sie die unausbleibliche Folge des Vorgehens der Fabrikanten wäre, vermieden wird. Die Voraussetzung, dass es infolge des Einkaufsstoppes zu einer Kleidungsknappheit kommen könnte, ist unbegründet, da es sich bei dem jetzigen Kampf wohl generell um Frühjahr- und Sommerkonfektion handelt, die erst aus Osteraison vom Publikum gelauft wird. In Winterkleidung sind überall reiche Bestände in den Einzelhandelsgeschäften vorhanden.

Die Dresdner Oberpostdirektion

Die Reaktion in der Postverwaltung mittelt Morgenluft. Der neue Herr, der Kaufmann aus dem reaktionären Bayern, Herr Stingl, genieht ihr Vertrauen. Man erwartet von ihm, dass er die freiheitliche Entwicklung, die von Giesbertz trog der starken geheimstaatlichen Widerstände begannen wurde, wieder rückgängig macht und die absolute Herrschaft der ehemals stramm monarchistischen Geheimräte wiederherstellt. Bereits früher haben wir an interessanten Beispielen dargelegt, wie spurlos gerade an der Postverwaltung die Revolution vorübergegangen ist. Es sind jetzt noch genau dieselben Herren am Ruder, die unter Wilhelm mit kolonialen Mitteln gegen republikanisch gesinnete Angestellte und Beamte vorgehen müssen und die es — wie verraten damit kein Geheimnis — auch gern getan haben. Selbstverständlich stehen diese ehemaligen überzeugten Monarchisten heute alle auf dem Boden der Verfassung. Lediglich aber ist vom Geiste der republikanischen Verfassung in der Postverwaltung herzlich wenig zu spüren.

Die Dresdner Nachrichten brachten anlässlich der Übernahme eines Reichspostministeriums durch den bayerischen Geheimrat Stingl einen Artikel, der dem Geiste nach von einer Seite zu stimmen scheint, die der Oberpostdirektion Dresden nahestehet. In diesem Artikel werden an den neuen Herrn im Ministerium Hoffnungs-freudig Forderungen gestellt, die an die alte wilhelminische Zeit erinnern. Endlich ist der Kaufmann da! Der Parlamentarier Giesbertz war zu wenig bürokratisch, er hörte sogar auf die Stimme der Betriebsvertretungen! Er hätte den reaktionären Geheimräten bei der Postverwaltung mit der Zeit gefährlich werden können. Herr Stingl soll den alten militäristischen Geist, er soll Acht und Ordnung wieder zur Geltung bringen. Was diese Herren unter Acht und Ordnung verstehen, können besonders die unter dem verschossenen System nur Objekte in der Verwaltung waren.

Ein reaktionärer Kurs des neuen Postministers würde bestimmt den in der Postverwaltung sich langsam bemerkbar machenden Gefüngungsdruck aufhalten, einen Erfolg dürfte jedoch Herr Stingl und seine reaktionäre Umgebung mit den Verlust der Wiederherstellung der alten umstrittenen geheimstaatlichen Macht nicht haben. Da dieser Rückslag nicht eintrete, dafür wird die große Waffe der freiheitlich gesinneten unteren und mittleren Beamten, Angestellten und Arbeitern sorgen. Sie werden die Taten der neuen Richtung im Reichspostministerium scharf beobachten und allen antirepublikanischen Bestrebungen schärfsten Widerstand entgegenstellen. Auch die Geheimräte der Dresdner Oberpostdirektion werden unter keinen Umständen von damals abgültig vorbei sein. Es werden in Zukunft Beamte nicht mehr berücksichtigt werden möglichen Sitz ihrer Uniform. Zur Dresdner Oberpostdirektion werden die republikanischen Kreise aber erst dann Vertreter fassen können, wenn endlich an die möglichen Stellen Beamte gesetzt werden, die nicht durch eine monarchistische Vergangenheit irgendwie belastet sind.

Die Finanzlage des Reiches verlangt, dass die Zahl der bei der Postverwaltung aktiven Kräfte endlich auf das unabdingt nötige Maß herabgesetzt wird. Bei der Postverwaltung sind 1800 höhere Postbeamte überzählig. Nur aus den die Bögen werden die Höhen nicht bestreiten, die sich aus der Nachverteilung der Dresdner Oberpostdirektion ergeben? Die Postfachgewerkschaften weisen nicht mit Unrecht auf die Ungerechtigkeit der Sparmaßnahmen bei den unteren und mittleren Beamten hin, die dort durchgeholt werden, während die höheren Beamten ihre Nachförderung mit großem Geschick immer wieder dergestalt vertreten. Was sollen die deutschen Steuerzahler dazu sagen, dass der jetzige Leiter des Telegrafenbüros eine Inspektor, hauptsächlich bestellt durch einen Direktor ersezt wird, weil Nebenlich an Direktoren besteht?

Wohin die verfehlte Sparmethode führt, ersicht man daraus, dass in einer Postfachgewerkschaft darauf hingewiesen werden musste, dass beispielsoße Kräfte, die über Dresden geleitet werden, infolge der Arbeitszeit an Betriebspersonal erhebliche Vergütungen erzielen, die bei einer anderen Zeitung nicht eintreten. Wenn auch die Oberpostdirektion diese Angaben bestätigt hat, so können wir doch aus den uns zugegangenen Nachrichten entnehmen, dass tatsächlich auch hier in Dresden an falscher Stelle gespart wird. Während auf dem einen Seite brotlos auf die Straße gesetzt werden, nimmt die Direktion an anderer Stelle neue Kräfte als Beamte an. Heute sind alle Posten, die über das Schloss dieses

Bamten, Angestellten und Arbeiter verfügen, von denselben Personen besetzt, wie zu Wilhelms Zeiten. Wie lange noch werden die Herren Spranger, Siebhöfle und Zugelit ihres Amtes in gewohnter Weise wollen üben? Wann wird der wichtige Verwaltungsratschef des früheren Offiziers und jüngsten Oberpostdirektors Neuerburg in Köthen wieder vom Personal bestimmt werden? Keiner kennt von den unteren Gruppen, Ich habe gesagt. Vermutlich ist Herr Neuerburg von der neuen Zeitfrömung noch nicht erfasst worden, sonst würde er in seinen "Untergebenen" nicht nur Unter-

geordnete, frierende, in abgetragene Kleider gehüllte Kinder geben, sondern auch die Kinder der Hilfsküche Pleissen, Dresden-N., Wahnsiedlung Straße 15, daran, weshalb sich der Leiter der Schule um Hilfe an Leute, die noch irgendein Stück abgedeckt können, wendet. In dieser Hilfsküche sind geistesgeblödete, meist aus den armen Kreisen stammende Kinder untergebracht, unter denen grobe Not herrscht. Deshalb ergeht die Bitte um Gaben für die kleinen dieser kleinen, und ihnen ein frohes Weihnachten ausrichten zu können.

Gedächtnis. Durch Unglücksfall erlitt in seiner 18 Jahre

alter Professor den Tod. Werner wurde auf dem Vorplatz seiner Wohnung in der Borsigstraße gelegene Wohnung ein 40jähriger Kaufmann mit Deutzgas befreundet ausgebunden. Die an ihm angebrachte Wiederbelebungsberichte führten zum Erfolg. — Ein weiterer Gasunfall wurde am Montag von der Polizei erkannt.

Gasunfall wurde am Montag von der Polizei erkannt. Ein junger Mönch wieder aus der Wohnung eine Gasvergiftung erfuhr. Erst nach 45 Minuten langen Wiederbelebungsversuchen konnte das junge Mädchen wieder zur Restaurierung erweckt werden.

Schließlich kam noch von der Wohnung eine Gasvergiftung, die ein 30jähriger Mechaniker absichtlich herbeigeführt hatte. Nach 10 Minuten langer Aufführung von Sauerkraut trat der Mann das Bewusstsein wieder in die Erinnerung. Darauf trat er in der Halle und Pflegestall untergebracht.

Selbstmord. In seiner Wohnung in der Borsigstraße gelegene Wohnung machte am Montag nachmittag ein 68 Jahre alter Arbeiter seinem Leben durch Erdämmen ein Ende. Als Beweggrund wurde langwierige Krankheit festgestellt.

Beim Spiel in den Löb! Am Montag nachmittag fand man in Dresden-Linden, in der Niedenstraße, einen 16 Jahre alten Arbeitsschüler in einer Schlinge hängend entdeckt vor. Der kleine Kindergarten, der Kindergarten, der Junge wurde als Selbstmord getötet, gegen den können, wird angenommen, dass er beim Spiel mit den Schlingen den Tod erlitten hat.

Gefangen. Gefangen wurde in der Nacht zum 14. Dezember aus einer Gefangenammer des Albrechtschlosses mittels Einbruch eine Anzahl Gefangene abgeföhrt, u. a. zwei Kopftüte und ein Kommededel aus schwärztem Leder mit Monogramm F. H. und der Großenkrone, zwei Schwanzstücke, eine Tierzusammenfassung, zwei Jägerleinen und verschiedene Niemen und Lederteile, zu Schichten gehörig; ferner vom Friedhof Weißer Hirsh in der selben Nacht die Friedhofsplatte aus Bronze, etwa 20 Centimeter hoch und 18 Centimeter dicke Weite, sowie 10 Meter Taschen aus Lins. Sachenlikele Mitteilungen zu diesen Diebstählen erhielt die Kriminalpolizei über die Kriminaldienststelle Weißer Hirsh, Borsigstraße 18. — In der Nacht zum 14. Dezember wurden aus einem Geschäft an der Kurfürstenstraße Ideal-Schreibmaschine B, Nr. 29491, und eine Schreibmaschine Ideal, Modell IV, Nr. 80229, und ein adeliges Messing erlochten; ferner aus einem Geschäft an der Kettwitzerstraße 160 Rentier-Rasse sowie grüner Samt und Schiessolaten im Werte von 1½ Millionen Mark. Die bestohlene Firma hat für Ermittlung der Täter 50000 M. und für die Wiederherstellung der Waren 10 Prozent des Wertes als Belohnung ausgeschrieben.

Hundestahl. Hundestahl auf der Grashabenschanze. Am 7. Dezember wurde einem Habitanten auf einem Straßenbahnenwagen der Linie 18 eine goldene Herren-Antler mit Doppeldebel auf dem Sprungbedel ein vierzigiges Schild, im Werte von 100000 M. gestohlen. Der Habitant hat für Wiederherstellung der Warte eine Belohnung von 20000 M. zugesichert.

Reichenfahndung. Am 16. Dezember ist am Hochbahnsteig des Militärwasserwerks an der Radeberger Landstraße eine etwa 28 bis 30 Jahre alte Frau erbäumt aufgefunden worden. Sie hat dunkles Haar, vollständige Brüste, ist etwa 1,60 Meter groß und von kräftigem Körperbau. Die Kleidung besteht in braunem Lodenmantel, grünem Kaschmir, grüngestreiftem weißer Samt, grauem Halbdel mit grünen Schürzen, Brille mit goldenem Bügel. Gleichzeitig ist weißkleiner. Die Kleidung ist bis auf den Mantel durchgängig neu. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Vermögenszentrale des Landeskriminalamts Dresden, Schieckgasse 7, 2. Zimmer 120, oder an die Güterverwaltung zu Übersicht erbeten.

Erstes Dresdner Ansehen. Gestern auf die Weihnachtsfeier am 16. Dezember am Radeberger Landstraße, Schäferstraße. Schüler müssen bestimmte Wissenswerte den 20. Dezember zur Nutzung erhalten.

Belegschaftsraum. Gestern am 16. Dezember ist der Belegschaftsraum der Dresdner Gesellschaft für Textilnotstandsversorgung mit der Berliner Gesellschaft nicht das geringste zu tun. Lebhaft ist durch die Unterschleife ein bislangmöglicher Schaden überhaupt nicht entstanden, da die erfahrbaren Waren niemals Eigentum der Berliner Textilnotstandsversorgung gewesen sind.

Vorsicht beim Gold- und Juwelenerlass. Um den Markt abzuholen, die sich bei den Anlaufstellen für Gold- und Silber- und Edelsteine erneut haben, wird geplant, nach Verhandlungen zwischen den Spenderschaltern des Juwelenerlasses und der Gold- und Silber verarbeitenden Industrie mit den Geschäften durch den alten geschäftigen Juwelenerlass Auktionsstellen für Schmuckstücke usw. einzurichten, wobei Schutz vor Überverhandlungen geboten werden soll. Da zu hoffen steht, dass die Bestellungen bald an einem greifbaren Ergebnis führen werden, werden Verkäufer von Schmuckstücken gut tun, zur Zeit mit dem Verkauf aufzuhören zu halten, damit sie nicht in Unkenntnis des wahren Wertes um erhebliche Teile ihres Besitzes geschädigt werden.

Unnütze Arbeit. Wie unfristig heute im gewöhnlichen Geschäftsbüro genutzt wird, geht aus folgendem hervor: Ein kleiner Unternehmer benötigt etwas Schuhrohre und will zunächst eine Probe in der Länge von 10 Centimeter haben. Er erwähnt die bestellte Probe im Doppeldebel aufgestellt, zugleich aber auch die Rechnung, die wie folgt aussieht: „Nebenlieferung der Probe (Doppeldebel) 18 M., 10 Centimeter Höhe 1,79 M., 750 Prozent Aufpreis 127,99 M., 20 Prozent für das Abschneiden auf Länge 20,98 M., 100 Prozent für das Rohr 76 M., in Summe 248 M. Die Summe ist sofort zahlbar; bei späterer Zahlung 25 Prozent Verzehrung.“ Es fehlt nur noch, dass die Zeit bestimmt wird, in der die Prognosberechnung erfolgte. Wieviel unnötige Arbeit muss der solchen Verfahren in den Kontoren geleistet werden; besser wird das aber erst, wenn die Mark stabilisiert wird.

Was ist die Friedensliste von 1914? Durch Einführung des Reichsmünzgelegetes hat sich in vielen Häusern die Notwendigkeit bestimmt, die Friedensliste von 1914, nach der die Grundrente zu berechnen ist, herauszufinden. Wo sich Vermieteter und Mieter über die Höhe nicht einigen können, entscheiden darüber die Mietentwicklungsämter. Diese Entscheidungen sind gleichzeitig Entwicklungen der Mietentwicklungsämter endgültig und unanfechtbar. Sie sind also auf jeden Fall für beide Parteien bindend. Eine dagegen eingeklagte Beschwerde sind ausdrücklich verboten. Die Mietentwicklungsämter nur unzulässig. Es fehlt nur noch, dass die Zeit bestimmt wird, in der die Prognosberechnung erfolgte. Wieviel unnötige Arbeit muss der solchen Verfahren in den Kontoren geleistet werden; besser wird das aber erst, wenn die Mark stabilisiert wird.

Was ist die Friedensliste von 1914? Durch Einführung des Reichsmünzgelegetes hat sich in vielen Häusern die Notwendigkeit bestimmt, die Friedensliste von 1914, nach der die Grundrente zu berechnen ist, herauszufinden. Wo sich Vermieteter und Mieter über die Höhe nicht einigen können, entscheiden darüber die Mietentwicklungsämter. Diese Entscheidungen sind gleichzeitig Entwicklungen der Mietentwicklungsämter endgültig und unanfechtbar. Sie sind also auf jeden Fall für beide Parteien bindend. Eine dagegen eingeklagte Beschwerde sind ausdrücklich verboten. Die Mietentwicklungsämter nur unzulässig. Es fehlt nur noch, dass die Zeit bestimmt wird, in der die Prognosberechnung erfolgte. Wieviel unnötige Arbeit muss der solchen Verfahren in den Kontoren geleistet werden; besser wird das aber erst, wenn die Mark stabilisiert wird.

Postbus. Dem Genossen Hermann Einer wurden am Freitag nachmittag bei hellstem Tage vier Hühner von der Wiese weggezogen und getötet. Von dem oder den Tätern fehlt jede Spur. Es ist bezeichnend, dass die freien Kleinleute mehr nur den Viehstand armer Leute heimjucken und dabei äußerst roffiniert vorgehen. Sie spionieren jede günstige Gelegenheit aus, um zu rouben und dann unentdeckt mit ihrer Beute zu entkommen.

Gesellschaft. Der Wallerain ist für das laufende Vierteljahr auf 60 M. für 1 Abiturient festgesetzt worden. Die Milchpreise gelten für die bischöfliche Gemeinde 104 M. für 1 Liter Vollmilch vom Frischer und 130 M. beim Brühe vom Händler. Für Magazin- und Buttermilch ist die Hälfte dieser Preise zu entrichten.

Dresdner Umgebung

Pobemus. Dem Genossen Hermann Einer wurden am Freitag nachmittag bei hellstem Tage vier Hühner von der Wiese weggezogen und getötet. Von dem oder den Tätern fehlt jede Spur. Es ist bezeichnend, dass die freien Kleinleute mehr nur den Viehstand armer Leute heimjucken und dabei äußerst roffiniert vorgehen. Sie spionieren jede günstige Gelegenheit aus, um zu rouben und dann unentdeckt mit ihrer Beute zu entkommen.

Gesellschaft. Der Wallerain ist für das laufende Vierteljahr auf 60 M. für 1 Abiturient festgesetzt worden. Die Milchpreise gelten für die bischöfliche Gemeinde 104 M. für 1 Liter Vollmilch vom Frischer und 130 M. beim Brühe vom Händler. Für Magazin- und Buttermilch ist die Hälfte dieser Preise zu entrichten.

Aus dem Bartheleben

4. Unterbezirk

Gruppe Trebsenberge. Umstände halber muss die Funktionssitzung auf Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Jugendheim verschoben werden. Der Gruppenabend steht für Nichtfunktionäre aus.

6. Unterbezirk

Gruppe Rauchig. Morgen Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Restaurant Standz, Biebrichstraße. Mitgliederversammlung. Tagessitzung: 1. Wie regiert sich das englische Volk? Referat: Pariser Friedensvertrag. 2. Bericht des Bauaufsichts. 3. Gruppenangelegenheiten. Genossen und Genossinnen! Diese Versammlung macht sich noch die Gedanken notwendig, um die Frage unseres zukünftigen Parteihofs endgültig zu regeln.

Wettervorhersage für den 20. Dezember

Wetterlage: Die nordwestliche Depression hat sich noch weiter vertieft und nach dem Kontinent ausgedehnt. Wir bleiben unter dem Einfluss ihrer südländlichen Ausläufer, so dass für morgen und wahrscheinlich auch für übermorgen vorherrschend des meist trüb, mild und zeitweise regnerische Wetters vorherrscht.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Mockenau; für Sachen u. Gewerbeschau: Franz Holzapfel; künstlich in Dresden; für Soziales aus Freital: Richard Wombach, Wilsdruff; für den Inseraten Teil: Max Reichold, Dresden. — **Wirt und Bergbau von Sachsen u. Comp. Dresden.**

Montag den 19. Dezember 1922

Freitag den 29. Dezember 1922, mittags
12 Uhr, nach ein Abendtag der Amtsbaute-
männlichkeit Dresden, während der Sitzungssitzung
Dienststunden, unter Vorsitz und Obervorstand ab-
gehalten werden.
Die Tafelordnung lautet Dienstgebäude aus.
Die Vorstande der Gesellschaften verabschieden.
Völker.

D. O. B. D. - Bezirk Städtebau.

Am Sonntag verschieben nach kurzem Seinen
unter alter, treuer Freunde

Max Drieckowski.

Gute seinem Anhänger!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 1. Januar,
mittags 12 Uhr, auf dem Friedhof Leopold-
hain statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird erachtet.

Allen Verwandten und Freunden die
traurige Nachricht, dass Sonntags den 12. De-
zember 1922 nach langem, schweren Leid
seiner lieben Mutter, der Medizinerin

Georg Klossek

verstießen ist.
Die trauernde Witwe
Alma Klossek geb. Pötzsch.

Die Einäscherung findet Donnerstag, nach-
mittags 12 Uhr, im Arealatorium zu Zeit,
wie sonst.

1922

Allen Verwandten und Freunden die
traurige Nachricht, dass mein treuerster Teil-
genosse, unser lieber Vater, der Arzt und
Vater ist.

Robert Nepler

am Sonntag im Berufe tödlich verunglückt
ist. Ein tiefer Trauer:

Anna verm. Nepler und Kinder.

Die Beerdigung findet Donnerstag den
2. Dezember, nachmittags 12 Uhr, auf dem
Friedhof Röhrsdorf.

1922

Allen Verwandten und Freunden die
traurige Nachricht, dass mein treuerster Teil-
genosse, unser lieber Vater, der Arzt und
Vater ist.

Max Leonhardt

Stadt. Berufsschreibermeister
lungen mit allen lieben Verwandten, Freunden
und Bekannten der herzlichen Dank. Es
finden Dank den Platz in Dresden, den
Herrn Vorsteher und Bürgern sowie dem
Gesangverein der Stadt. Berufsschreibermeister.

Die trauernde Witwe
Rosa verm. Leonhardt und Kinder.

Dresden, Brandenburgerstraße 11

Gemeinde Leonhardt und Fischer, Bierflasche.

1922

Wie suchen

Dreher

für Revolver- und Pistolen-

lose

Feinmechaniker

Wir wollen Sie nur schätzen, nicht unter 20 Jahre

alte Kräfte melden.

Ica, A.-G., Dresden

Eichendorffstraße 76.

1922

PRIVATE!

Ich kaufe
Gold, Silber,

Platin

Gegenstände u. Bruch

Zinn- u. Glasware

Butze christl. Firmen

Seestücke u. klein Loden

Ferns. 11684

REELLE, DISKRETE BEIDENUNG

1922

Metalle

zum Einschmelzen

Kupfer, Messing, Blech, Eisen,

Zink, Blei, Zinnblech, Zinn,

Kupfer, Messing- und Sal-

zugsplatten kaufen - Instand-

Graf, Drehgasse 2

an der Amalienstr.

1922

44

Tel. 1713

Neu eröffnet!

Brillanten

Smaragde, Perlen

Platin-, Gold-, Silber-

Gebisse und Zahne kaufen

Posner & Strelnzyn

juwelen und Goldschmied

jetzt Gruner Str. 4-4

Ecke Albrechtstr., 1. Laden

Obere Lausitzerstr. 16

den Verkäufer.

Eigene

Werkstatt

1922

45

Tel. 1713

Brillanten

Smaragde, Perlen

Platin-, Gold-, Silber-

Gebisse und Zahne kaufen

Posner & Strelnzyn

juwelen und Goldschmied

jetzt Gruner Str. 4-4

Ecke Albrechtstr., 1. Laden

Obere Lausitzerstr. 16

den Verkäufer.

zu verkaufen.

Reelle Bedienung.

Str. 12. Direktion. Straßenbahnhofsgasse.

Amtshaus

Herrmann Thomashoff

und Joh. Falter

seit 1878 am Platz. Sonntage vor Weihnachten geöffnet.

1922

Vorlesung

Konsumentverein Vorwärts für Dresden u. Umgegend

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsre

Lebensmittelgeschäfte Sonntag den 24. Dezember (Weihnachtsfeiertag) von vormittags 11 bis nachmittags 1 Uhr geöffnet sind. Die

Spezialgeschäfte (Manufaktur- u. Schuhwaren) sind von vormittags

11 bis nachmittags 3 Uhr geöffnet.

Sonntag den 31. Dezember (Silvester) sind unsre Geschäfte geschlossen.

Wir ersuchen, rechtzeitig einzukaufen und die oben angegebenen Verkaufszeiten genau

Der Vorstand.

Jedes Mitglied muß dem Verein einen vollen Wochenlohn als **Geschäftsanteil** oder

D. O.

1922

Spareinlage zur Verfügung stellen.

Verloren

im Neidens - Raumhaus Sonnenburg annehmen
Wertstoffe. Der edle Elfenbein wird nun
entweder die Geldstücke zu einer gewissen
Summe, wenn hohe Belohnung abweichen
können, geben kann. Die Strafe ist, aber nicht
soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie
der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie

der Wert des Wertes.

Die Strafe ist, aber nicht soviel wie die Strafe, aber nicht soviel wie